

Universitäts- und Landesbibliothek Tirol

Österreichische Maßnahmen zur Restitution und Entschädigung von Opfern des Nationalsozialismus

Österreich / Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten

Wien, 2001

Dokument 4. Erklärung von Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel vor dem
Ministerrat zum 55. Jahrestag der Wiedererrichtung der Republik, Wien,
am 28. April 2000

Dokument 4

Erklärung von Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel vor dem Ministerrat zum 55. Jahrestag der Wiedererrichtung der Republik, Wien, am 28. April 2000

„In diesen Tagen gedenken wir der Ereignisse vor 55 Jahren: der Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945, die zur Grundlage unserer Zweiten Republik wurde; der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen am 5. Mai 1945 und schließlich des endgültigen Endes der Kampfhandlungen mit der Kapitulation von Hitlerdeutschland nur drei Tage später, am 8. Mai.

Die Mehrheit von uns hat diese Ereignisse nicht mehr bewußt miterlebt. Mehrere neue Generationen sind seither hinzugekommen. Mehr als zwei Drittel unserer Bevölkerung waren damals Kleinkinder oder sind erst in den Jahrzehnten danach geboren.

Mit dem Eintritt in ein neues Jahrhundert müssen wir besonders darauf achten, daß Inhalt und Auftrag, die in diesen historischen Daten liegen, nicht in ein Meer der Geschichte eingehen. Die Erinnerung muß vielmehr lebendig in unser Bewußtsein heraufreichen. Auch für kommende Generationen haben wir die Verpflichtung, sie als Teil unseres österreichischen Selbstverständnisses wachzuhalten.

Mir ist deshalb ein gemeinsames Gedenken, ein ungeteiltes, weil unteilbares Gedenken ein tiefes Anliegen. Unteilbar ist auch der Leitgedanke, den ich diesem Gedenken voranstellen möchte – dieser Leitgedanke ist die **Verantwortung**.

Für die Gemeinschaft, besonders aber für die Politiker, heißt das: Verantwortung für das Erbe unserer Vergangenheit übernehmen. Verantwortung aber auch dafür, daß in unserer Gegenwart bei jeder Handlung die Zukunft mitbedacht wird – unsere gemeinsame und die der Generationen, die nach uns kommen.

Es heißt, die Verantwortung für die Folgen anzunehmen, welche die Gemeinschaft in den Jahren der dunklen Vergangenheit verursacht hat. Aber auch die Verantwortung dafür, Gleichgültigkeit und Lauheit zu überwinden, wenn Schwache, Benachteiligte oder Hilfsbedürftige unsere Solidarität, unsere Mitmenschlichkeit brauchen; und es heißt, Verantwortung für unseren gemeinsamen Staat zu tragen, aber auch für das gemeinsame Europa des Friedens, dem wir uns als souveränes Mitglied der Europäischen Union verpflichtet fühlen. Für jeden einzelnen Österreicher heißt dieses Gedenken aber auch Verantwortung zu übernehmen für sich selbst – gegenüber der Gemeinschaft und dem Mitmenschen, soweit es in den Kräften des einzelnen liegt.

Als vor 55 Jahren, am 27. April, Karl Renner, Adolf Schärf, Leopold Kunschak und Johann Koplenig, als Vertreter der wiedererstandenen Parteien, die Unabhängigkeitserklärung unterzeichnet haben und damit dieses unser Österreich wiedererstehen ließen, war es nichts anderes: Sie haben die Verantwortung für dieses Land in die eigenen Hände genommen so wie die Männer und Frauen des Widerstandes, die unter Einsatz ihres Lebens gegen ein mörderisches Regime für dieses selbstverantwortliche Österreich gekämpft haben.

Die Frauen und Männer, die unser Österreich haben wiedererstehen lassen, handelten mit unermesslichem Mut und unerschütterlicher Zuversicht. Wir erinnern uns ihrer in großer Dankbarkeit und appellieren an alle, dieses Gedenken nicht durch unüberlegte und oberflächliche Vereinnahmung ihrer Taten und Symbole zu schmälern. Ihnen und allen, die in den darauffolgenden zehn langen Jahren der Besatzung für unsere Freiheit eingestanden sind, die in den schwierigen Zeiten aus den Ruinen des Krieges mit unermüdlichem Einsatz einen erfolgreichen wirtschaftlichen Neuanfang geschaffen haben, gebührt nicht nur unser Dank. Ihrem Erbe verpflichtet bekennen wir uns zu unserer Verantwortung für Österreich und seine Zukunft.

Wir dürfen stolz auf die Entwicklung sein, die unser Land genommen hat, aber wir müssen uns bei jeder heute anstehenden Entscheidung fragen, ob wir damit nicht unerlaubte Vorgriffe auf die Zukunft machen. Wir haben die Verpflichtung, die Zukunft künftiger Generationen in unserem freien, unabhängigen und starken Land zu sichern und nicht einzuengen. Nur ein verantwortungsvoller Umgang mit der Gegenwart kann das ermöglichen. Das ist die Verantwortung, die uns aus dem Geist derer erwächst, die die Unabhängigkeit unseres Landes wiederherstellten.

Österreich, wie es 1945 seinen Neuanfang wagen konnte, war aber nicht nur durch den millionenfachen Mord in den Konzentrationslagern und auf den Schlachtfeldern ein ganz anderes als vor dem Anschluß. Was Walter Jens für Deutschland gesagt hat, gilt auch und ganz besonders für Österreich: Die österreichische Identität lebte auch nach dem ‚Anschluss‘ an Hitler-Deutschland weiter: zuhause, in der Emigration und in der Diaspora. Österreicher und Österreicherinnen trugen sie in den Konzentrationslagern und in den Kriegsgefangenenlagern, aber auch – und das mit zunehmender Dauer der NS-Herrschaft – verstärkt in der Erinnerung.

Gedenken wir deshalb heute auch all jener, die Opfer gebracht haben für das Wiedererstehen Österreichs. Denken wir daran, wieviel unsere Heimat durch ihren Verlust unwiederbringlich verloren hat.

Die Jüngeren und Jungen in unserem Land, die in Freiheit und Wohlstand aufwachsen dürfen und durften, können wohl gar nicht ermessen, wieviel Mut, wieviel Verantwortungsbewußtsein, wieviel Glaube an die Zukunft

die Frauen und Männer der ersten Stunde aufbringen mußten und konnten. Die Freude, die wir bei der Erinnerung an den Neubeginn empfinden, dem wir unsere Gegenwart verdanken, darf deshalb um der jungen Menschen und um unserer eigenen Wahrheit willen nicht ohne ein Gedenken an die Opfer sein.

Darum gedenken wir heute der Toten des Krieges und des Nazi-Terrors.

Wir gedenken der 580.000 Österreicher, die ihr Leben verloren haben: der 65.000 ermordeten Juden, der 35.000 zivilen, politischen Opfer. Sie wurden hingerichtet, starben in Konzentrationslagern und Gefängnissen. Wir gedenken aber auch der 380.000 Gefallenen und in Kriegsgefangenschaft Verstorbenen sowie der 100.000 Toten, die in Kriegshandlungen oder im Luftkrieg ihr Leben lassen mußten.

Unser besonderes Gedenken gilt den sechs Millionen Juden, die in Konzentrationslagern ermordet wurden;

den Sinti und Roma, die denselben Leidensweg gingen;

den Homosexuellen, die ums Leben gebracht wurden;

den Geisteskranken, die ermordet wurden;

den Menschen, die ihre politische oder religiöse Überzeugung in die Todesmaschine des Nazistaates brachte.

Das ist eine Wunde der Erinnerung, die nie heilt. Und auch nicht heilen darf. Heute, 55 Jahre nach dem Ende dieser Katastrophe, können und müssen wir uns verpflichten, die Verantwortung anzunehmen, die uns diese Wunde des Erinnerens auferlegt.

Deshalb soll sich kein Österreicher und keine Österreicherin ausschließen oder ausgeschlossen werden bei diesem Gedenken heute und am 5. Mai, wenn sich die Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen zum 55. Mal jährt. Nur dann können alle Bürger und Bürgerinnen dieser Republik dieses ‚Nie wieder‘ auch leben.

Wir müssen uns der Verantwortung und Mitverantwortung bewußt bleiben, die viele Österreicher an der Tragödie des Holocausts getragen haben, auch wenn sie unsere Eltern, unsere Großeltern, Freunde oder Bekannte waren.

Ebenso wenig möchte ich aber im Raum stehen lassen, Österreich habe sich immer aus der Geschichte davongestohlen.

Es gab 136.829 Voruntersuchungen, mehr als 28.000 Anklagen mit 13.667 Verurteilungen. Von 43 gefällten Todesurteilen wurden 30 vollstreckt. Ein Viertel aller Staatsbeamten verlor wegen seiner NS-Nähe die Stellung. An die 100.000 Unternehmer wurden nach dem Wirtschaftssäuberungsgesetz gemäßregelt.

Es gab eine Reihe von Rückgabe-, Opferfürsorge- und Wiedergutmachungsgesetzen mit den daraus folgenden Maßnahmen und Zahlungen. Insgesamt hat Österreich seit 1945 mehrere Milliarden Schilling an Wiedergutmachungs- und Entschädigungszahlungen geleistet. Es wurde ein Nationalfonds eingerichtet und die ‚Mauerbach Aktion‘ durchgeführt.

Dennoch bleibt noch einiges zu tun: Es geht darum, vorbehaltlos aufzuklären, die Strukturen des Unrechts freizulegen und dieses Wissen an die nachkommenden Generationen als Mahnung für die Zukunft weiterzugeben. Die Bundesregierung hat mit der Bestellung von Dr. Maria Schaubmayr zur Regierungsbeauftragten für die Verhandlungen über die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern einen wichtigen Schritt zur Fortsetzung der kritischen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit gesetzt. Wir wollen den Zwangsarbeitern des Dritten Reiches, jener Gruppe von Menschen, denen gegenüber bisher noch keine Geste der ererbten Verantwortung gesetzt wurde, eine Entschädigung für verlorene Lebenszeit und Lebenskraft geben. Wir wissen, daß es genauso wie bei allen anderen Opfern keine Möglichkeit gibt, erlittenes Leid und Unrecht abzugelten.

Aber wir wollen für uns und unsere Kinder ein Zeichen setzen, daß wir auch zu dem schweren Erbe unseres Staates stehen. Wir müssen dabei eingestehen, daß unsere Zweite Republik in den Fragen der Rückgabe, der Entschädigung und der zumindest materiellen Wiedergutmachung oft zu zögerlich gehandelt hat. Die Zahl derer, die unsere Initiative nun noch annehmen können, ist deshalb leider sehr gering.

Historiker haben beim Aufarbeiten dieser dunkelsten Periode der österreichischen Geschichte sicher zu Recht festgestellt, daß es in den Jahren der rassistischen Gewaltherrschaft zu wenig Gerechte in unserem Land gegeben hat. Zu wenige Menschen, die unter Einsatz ihrer eigenen Sicherheit Verfolgten geholfen haben. Die – dem allgemeinen Wahnsinn zum Trotz – der Menschlichkeit lebten.

55 Jahre danach, aus der Perspektive jahrzehntelanger Sicherheit, Freiheit und Wohlstandes haben wir aber auch die Verantwortung zur Demut. Wir müssen von uns wissen, daß wir unser selbst und unserer Reaktionen unter extremen Verhältnissen nicht sicher sein können. Nur wer sich selbst in Zweifel stellen kann, wer sich bewußt ist, daß er über seine Stärke oder Schwäche nicht mit Sicherheit Bescheid weiß, bevor er in der schwierigen Situation ist, sich beweisen zu müssen, kann den Auftrag des Erinnerns annehmen. Wir müssen uns bewußt sein, daß die Greuelthaten nicht von fremden Ungeheuern begangen wurden, sondern von Menschen.

Deshalb haben wir die Pflicht, den Haß nicht mit Parolen des Hasses zu bekämpfen, sondern seinem Ungeist mit Überzeugung zu begegnen. Deshalb tragen wir die Verantwortung, nicht wegzuschauen, wenn Unrecht geschieht, sondern es verhindern zu helfen. Deshalb sind wir täglich gefor-

dert, das Miteinander zu leben, damit nicht neuer Haß zwischen uns gesät werden kann.

Simon Wiesenthal, der große Gerechte und Aufklärer gegen den Haß, hat geschrieben: ‚Es gibt keine größere Sünde als das Vergessen.‘

Erinnern aber heißt: Verantwortung übernehmen.

Als Mensch.

Als Gemeinschaft.

Jeder für sich und wir alle gemeinsam.“